

etwa Angestellte. Die BeisitzerInnen sind von der Bundesversammlung gewählt, die AK-KoordinatorInnen durch die Fraktion. Soweit die Fachkommissionen sich beraten lassen wollen, etwa durch Fachabgeordnete, Fachbereichsmitglieder, Vertreter des GAJB oder Experten, bedarf ihre Hinzuziehung der Zustimmung der Verhandlungskommission. Es hat in der Vergangenheit durch das plötzliche Auftauchen von Dritten bei Verhandlungen für die GRÜNE Sache mehr Schaden als Nutzen gegeben.

9) Es kann bei Verhandlungen weder einen vorausseilenden noch einen sonstigen Gehorsam gegenüber dem Verhandlungsgegenüber geben. Auf der anderen Seite hat es sich als kontraproduktiv erwiesen, mit einem Bauchladen von Wünschen in solche Auseinandersetzungen zu gehen

10) Angesichts des Erwartungsdrucks wird es für eine neue Regierung sehr schwer werden, sich nicht in unzähligen Projekten zu verzetteln, um dann in der Falle des *Stell Dir vor rot-grün regiert und keiner merkt's* zu enden. Gerade unter dem Aspekt der Vermittelbarkeit in die Gesellschaft sollte gelten *weniger ist mehr*. Ungenügende Prioritätensetzung und das falsche Setzen auf Symbole wecken nicht nur unerfüllbare Erwartungen, sondern stellen es in das Belieben des Koalitionspartners und der Ministerialbürokratie, Unbequemes nach hinten zu schieben, um es der Diskontinuität anheimfallen zu lassen. Deshalb die Konzentration auf gesetzgeberische und haushaltsmäßige Vorhaben und eine verbindliche zeitliche Reihung. Bei Koalitionsverhandlungen machen häufig nicht die Konflikte die größten Probleme, sondern die Bereiche, wo sich Fachpolitiker beider Seiten vor Einigkeit nicht einkriegen können. Die dort getroffenen Vereinbarungen müssen dann vielfach in den zentralen Runden mühsam wieder auf den Boden der Tatsachen zurückgezerrt werden. Deshalb sollten den Fachpolitikern gleich verbindliche Rahmen mitgegeben werden. Dies geht nur, wenn vor den Fachverhandlungen eine Einigung über die Eckpunkte einer mittelfristigen Finanzplanung erzielt ist.

11) Gerade weil bei einer rot-grünen Bundesregierung zwei Parteien die Regierung anstreben, die an dieser bisher nicht beteiligt waren, sollte die Erfahrung aus manchem kommunalen Bündnis und mancher Länderkoalition nicht wiederholt werden: Inhaltlich gewonnen, personell verloren. Kompetenzen meint nicht Ministerien, es geht hier um die Definition von Politikbereichen, für die die jeweilige Seite den Anspruch erhebt, künftig verantwortlich zu sein. Es ist weder klug, der SPD in einem Ministerium die Auswahl zu überlassen, was sie sich aus unzähligen Vereinbarungen zur Umsetzung aussucht, noch die eigenen Ministerien quantitativ so festzulegen, daß für grüne Kreativität kein Raum bleibt.

12) Die Koalitionsvereinbarungen müssen Handlungskonzept sein. Lieber eine reale Niederlage offen kassieren, als sie über Prüfaufträge vertagen. Immer wenn PolitikerInnen nichts mehr einfällt um eine bestimmte Klientel ruhigzustellen, deren Anliegen sie nicht wirklich befriedigen können oder wollen, wird ein Beirat, eine Kommission oder ein Beauftragter berufen.

13) Nicht mit wechselnden Mehrheiten abzustimmen, hat sich bewährt. Wankelmütig und unzuverlässig ist nur die SPD gewesen, um Grüne in einer All-Parteien-Koalition zu überrollen. Ein Problem entsteht hier bei der Frage einer möglichen Diätenerhöhung. Diese Frage muß am Beginn der Wahlperiode einmal verfahrensmäßig geklärt werden und ist dann zu vollziehen. Das ist allemal günstiger als hier eine Ausnahme zu konstituieren, um für diesen Populismus dann an inhaltlichen Fragen von der SPD isoliert zu werden.

Frauen wollen eine andere Politik

Selbstverpflichtungserklärung für einen neuen Gesellschaftsvertrag vom 4. März 1998

(Wortlaut)

Mit einer Veranstaltung im Haus der Geschichte in Bonn startete am 4. März 1998 die Kampagne „Frauen wollen eine andere Politik“, die eine gerechtere Verteilung von Arbeit, Einkommen und Bildungschancen zwischen den Geschlechtern zum Ziel hat. Prominente Frauen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft unterschrieben eine Erklärung, mit der sie sich verpflichten, sich in

ihren jeweiligen Arbeitsbereichen für mehr Gerechtigkeit einzusetzen. Ein Frauenbeschäftigungsgipfel unter Federführung des DGB ist für den Mai geplant. - D.Red.

Deutschland ist ein reiches Land – reich an Frauen und Männern mit Begabungen, Qualifikationen und Kreativität. Sie wollen Verantwortung übernehmen und ihre Fähigkeiten einbringen, um unser Land zu gestalten. Sie wollen sich frei entwickeln und ihr Leben in die eigenen Hände nehmen. Sie wollen das Zusammenwachsen beider Teile Deutschlands fördern. Sie wollen eine moderne Demokratie, die ihren Bürgerinnen und Bürgern gleiche Rechte und gleiche Chancen gewährt. Sie wollen Partnerschaft, Chancengleichheit, Gerechtigkeit und Toleranz. Dazu müssen die Erfahrungen von Frauen und Männern gleichberechtigt in alle gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse einfließen. Erst dann ist Demokratie verwirklicht.

Die Zeit ist reif, die Verhältnisse in unserer Gesellschaft umzugestalten! An der Schwelle zum 21. Jahrhundert muß der Anspruch der Frauen auf gleichberechtigte Teilhabe in der Gesellschaft, in allen sozialen Beziehungen, im Erwerbsleben und in der Politik endlich eingelöst werden.

Wir wollen etwas tun, damit dies Wirklichkeit werden kann. Deshalb schließen wir Bürgerinnen und Bürger unseres Landes miteinander einen Gesellschaftsvertrag, um gleiche Chancen und soziale Gerechtigkeit für Frauen und Männer herbeizuführen.

Ich will mich an diesem Gesellschaftsvertrag beteiligen.

Ich will damit eine Atmosphäre des Vertrauens und ein politisches Klima schaffen, in dem unser Ziel – eine Gesellschaft emanzipierter Bürgerinnen und Bürger – verwirklicht wird.

Deshalb werde ich mich – gemeinsam mit vielen anderen Menschen –

- dafür einsetzen, daß Reichtum gerecht verteilt wird, damit die Spaltung zwischen arm und reich überwunden wird; dafür einsetzen, daß Frauen und Männer gleichberechtigt an Erwerbsarbeit, Familienarbeit, Einkommen, politischer und wirtschaftlicher Macht teilhaben können;

- dafür einsetzen, daß die Würde aller Menschen geachtet und die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Ungerechtigkeiten überwunden werden, die Gewalt und Menschenrechtsverletzungen auch in unserem Land immer wieder hervorbringen;

- dafür einsetzen, daß das Zusammenleben mit Migrantinnen und Migranten, die in Deutschland Zuflucht oder eine neue Heimat gefunden haben, von Verständnis für ihre Lage und von Toleranz gegenüber ihren kulturellen Eigenheiten geprägt ist.

Ich werde mich im Alltag, Beruf, in der Familie, im Freundeskreis, in Verbänden, Organisationen und im politischen Leben dafür einsetzen, daß sich viele Frauen und Männer diesem Gesellschaftsvertrag anschließen. Wenn wir in unserem persönlichen Umfeld ein anderes Klima schaffen, wird eines Tages eine Landschaft entstehen, in der es sich besser, zufriedener und demokratischer leben läßt.

In meinen Lebens- und Arbeitsbereichen werde ich für die Verwirklichung folgender Grundsätze eintreten:

1. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern ist ein demokratisches Grundrecht. Ich setze mich für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an allen Entscheidungspositionen ein. Auf dem Weg dorthin sind positive Maßnahmen für Frauen einschließlich Quotierung unverzichtbar, damit die politische Kultur und Entwicklung der Demokratie gefördert wird.

2. Frauen, Männer und Kinder brauchen soziale Sicherheit. Ich setze mich für soziale Gerechtigkeit ein, damit Frauen und Männer in allen Lebensphasen über ein ausreichendes Einkommen verfügen. Deshalb müssen für Frauen und Männer Arbeitsplätze mit sozialer Sicherung geschaffen werden, die eine eigene Existenzsicherung, Selbstbestimmung und Chancengleichheit ermöglichen. Frauen und Männer müssen für gleichwertige Arbeit die gleiche Bezahlung erhalten. Das Zusammenleben mit Kindern, älteren Menschen und die Sorge für sie müssen von Staat und Gesellschaft abgesichert werden. Für jeden Bürger und jede Bürgerin ist eine soziale Mindestsicherung auch im Alter zu schaffen.

3. Mädchen und Jungen brauchen Chancengleichheit in Erziehung und Bildung. Ich will in meinem Bereich dafür sorgen, daß Mädchen und Jungen lernen, ihrer Kraft, Leistungsfähigkeit und ihrem Gefühl zu vertrauen. Ich werde dazu beitragen, daß Bildung und Erziehung nicht mehr die alten Bilder von weiblicher Unterordnung und männlicher Dominanz vermitteln, so

daß Kinder in Achtung vor der Leistungsfähigkeit des jeweils anderen Geschlechts und Kenntnis der eigenen Möglichkeiten die Chance einer selbstbestimmten Lebensplanung erhalten.

4. Gleiche Chancen in Beruf und Ausbildung sind Grundsteine für die Zukunft unseres Landes. Ich setze mich dafür ein, daß jede junge Frau und jeder junge Mann einen Ausbildungsplatz erhält, und daß die Berufschancen durch ein breites und den modernen Erfordernissen entsprechendes Ausbildungsangebot gesichert werden. Zukunftsfähige Berufe müssen auch jungen Frauen offenstehen, denn die Orientierung auf die traditionellen Frauenberufe bedeutet in der Regel geringeres Einkommen und geringere Aufstiegschancen. Ich fordere gleiche Chancen bei Einstellungen und Beförderungen. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Politik muß selbstverständlich werden.

5. Die bezahlte und unbezahlte Arbeit muß zwischen Frauen und Männern gerecht verteilt werden. Ich setze mich dafür ein, daß nicht nur die bezahlte, sondern auch die unbezahlte Arbeit zwischen Frauen und Männern gerecht verteilt wird. Partnerschaftliche Arbeitsteilung hat positive Auswirkungen für Kinder, soziale Beziehungen, Freizeit, Kultur und Politik. Sie ist Voraussetzung für gleiche Chancen im Erwerbsleben. Deshalb müssen Bedingungen in unserer Gesellschaft geschaffen werden, die partnerschaftliche Arbeitsteilung ermöglichen. Dazu gehört eine Umgestaltung der Arbeitswelt ebenso wie ein ausreichendes Angebot an Kindertagesplätzen.

6. Ein gewaltfreier Umgang zwischen Frauen, Männern und Kindern muß praktiziert werden. Ich setze mich in meinem Bereich gegen jegliche Form von Gewalt gegen Frauen, Mädchen und Jungen ein. Denn sie bedeutet nicht nur die Verletzung ihrer Menschenrechte, sondern fördert ein Klima von Angst und Gewalt in der gesamten Gesellschaft. Alle Menschen haben ein Recht auf körperliche und seelische Unversehrtheit und auf ein selbstbestimmtes Leben. Gewalttätigkeiten von Männern oder Jungen auch untereinander können nicht länger als „normal“ hingenommen werden. Jungen brauchen Väter oder männliche Vorbilder, die teilnehmend und fürsorglich sind und Verantwortung für andere übernehmen. Jede Form der körperlichen, seelischen und sexualisierten Gewalt gegen Frauen und Kinder muß geächtet, konsequent verfolgt und verhindert werden.

7. Eine gesunde Umwelt ist Voraussetzung für unser Leben. Ich setze mich für den Schutz der Umwelt, für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, für den Erhalt der natürlichen Ressourcen, für das ökologische Gleichgewicht und gegen weitere Umweltzerstörung und Ausbeutung der Natur ein. Ich werde dazu beitragen, daß wir unseren Kindern und deren Nachkommen einen Planeten hinterlassen, auf dem sie gesund und friedlich leben können.

8. Konflikte müssen friedlich geregelt werden. Ich werde dazu beitragen, daß Konflikte zivil gelöst werden. Frauen und Männer müssen gleichberechtigt bei Konfliktlösungen einbezogen werden. Gewaltfreie Konfliktregelung, Toleranz, gegenseitige Rücksichtnahme, Solidarität und Gerechtigkeit sind Garantien für eine gewaltfreie Außen- und Sicherheitspolitik und gewährleisten das friedliche Zusammenleben aller Völker.

Wo Altes nicht mehr trägt, gehen wir neue Wege.

Wir debattieren öffentlich über einen neuen Gesellschaftsvertrag. Wir machen ernst mit der Demokratie zwischen den Geschlechtern. Wir beraten seine Grundsätze und definieren, was sie für die künftige Wirtschaftspolitik, Innen- und Sicherheitspolitik, Arbeits-, Bildungs- und Sozialpolitik sowie Familienpolitik bedeuten. Der Schlüssel zur Verwirklichung eines neuen Gesellschaftsvertrages liegt bei uns selbst.

Wir fangen damit an. Wir stellen den Vorschlag in unserem persönlichen Umfeld vor, suchen Bündnisse und schließen untereinander den Vertrag. Wir setzen ihn in Initiativen, Gewerkschaften, Kirchen, Parteien, Institutionen auf die Tagesordnung.

Initiatorinnen und Erstunterzeichnerinnen: Ulla Schmidt, MdB, Vorsitzende der Querschnittsgruppe für die Gleichstellung von Frau und Mann der SPD-Bundestagsfraktion, Annegret Bergmann, BAG der kommunalen Frauenbeauftragten, Dr. Ursula Engelen-Kefer, Stellv. Vorsitzende des DGB, Gerhild Frasch, Generalsekretärin Evangelische Frauenarbeit, Traudel Klitzke, Frauenforderung, VW, Mechthild Jansen, Publizistin, Irmgard Schewe-Gerigk, MdB, Bündnis 90/Die Grünen, Hanne Pollmann, Rechtsanwältin, Veronika Aftmeyer, Vorstandsmitglied der DPG, Gabriele Behler, Ministerin für Schule und Weiterbildung NRW, Karin Benz-Overhage, Vorstandsmitglied der IGM, Senta Berger, Dr. Christine Bergmann, Senatorin für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen, Berlin, Prof. Dr. Adelheid Biesecker, Uni Bremen, Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau, Schleswig-Holstein, Marianne Birthler, Präsidium des Deutschen Ev. Kirchentages, Dr. Inge von Bönninghausen, Bettina Böttinger, Ruth Brandt, Anke Brunn, Ministerin für Wissenschaft und Forschung NRW, Ilse Brusis, Ministerin für Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes

NRW, Christina Bührmann, Niedersächsische Frauenministerin, Renate Bütow, Sabine Christiansen, Dr. Herta Däubler-Gmelin, MdB, SPD, Ulla Derwein, Vorstandsmitglied der ÖTV, Ina Deter, Bärbel Dieckmann, Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn, Dr. Marliese Dobberthien, MdB, SPD, Prof. Dr. Irene Dölling, Frauenforschung Uni Potsdam, Angelika Dopheide, Oberbürgermeisterin der Stadt Bielefeld, Katja Ebstein, Ingrid Eckel, Oberbürgermeisterin der Stadt Wolfsburg, Helgrit Fischer-Menzel, Sozial-Senatorin Hamburg, Anke Fuchs, MdB, SPD, stellv. Fraktionsvorsitzende, Prof. Dr. Ute Gerhard, Dr. Rose Götte, Ministerin für Kultur Jugend Familie und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz, Kerstin Griesse, Juso-Bundesvorstand, Rita Griefhaber, MdB, Bündnis 90/Die Grünen, Gaby Hagmanns, BdkJ-Bundesvorsitzende, Gudrun Hamacher, Vorstandsmitglied der IG Metall, Christel Hanewinkel, MdB, SPD, Ulrike Hauße, Landesbeauftragte für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau, Bremische Zentralstelle, Conny Hermann, Mona Lisa, Dr. Regine Hildebrandt, Ministerin für Arbeit Soziales Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg, Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt Raumordnung und Landwirtschaft NRW, Ingrid Holzhüter, MdB, SPD, Maria Jepsen, Bischofin von Hamburg, Karin Junker, MdEP, Bundesvorsitzende der ASF, Dr. Margot Käßmann, Generalsekretärin des Deutschen Ev. Kirchentages, Dr. Larissa Klinzing, Geschäftsführender Vorstand der GEW, Prof. Dr. Ulla Knapp, Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg, Dr. Marianne Koch, Ursula Konitzer, stellv. Vorsitzende der DAG, Prof. Dr. Annette Kuhn, Universität Bonn, Prof. Dr. Ingrid Kurz-Scherf, Uni Marburg, Gisela Marx, Ingrid Matthäus-Maier, stellv. Fraktionsvorsitzende, Angelika Mertens, MdB, SPD, Irmgard Meyer, Hauptvorstand der IG Bauen-Agrar-Umwelt, Margret Mönig-Raane, Vorsitzende der HBV, Dr. Ursula Müller, Staatssekretärin für Frauen, Jugend, Wohnung und Städtebau des Landes Schleswig-Holstein, Kerstin Müller, MdB, Fraktionssprecherin Bündnis 90/Die Grünen, Andrea Nahles, Bundesvorsitzende der Jusos, Prof. Dr. Hildegard Maria Nickel, Humboldt-Uni, Berlin, Christel Nickel-Mayer, Mitglied der Geschäftsführung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Dr. Edith Niehuis, MdB, SPD, Vors. des Bundestagsausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Margareta Nimsch, Ministerin für Umwelt, Energie, Jugend, Familie und Gesundheit, Hessen, Monika Papke, Vorstandsmitglied der IG Medien, Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit, Justiz-Senatorin, Hamburg, Elke Möger Staatssekretärin des Landes Sachsen-Anhalt, Christa Randzio-Plath, MdEP, SPD, Ilse Ridder-Melchers, Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann des Landes Nordrhein-Westfalen, Eva-Maria Roer, Bundesvorstand dt. Unternehmerinnen, Gunda Röstel, Bundesvorstandssprecherin Bündnis 90/Die Grünen, Krista Sager, Senatorin für Wissenschaft und Forschung, Hamburg, Nadja vom Scheidt, Sprecherin der GAJB, Carola Schewe, Vorsitzende des VAMV, Renate Schmidt, MdL, stellv. Vorsitzende SPD, Landes- und Fraktionsvorsitzende der Bayern-SPD, Helga Schulz, Vorsitzende der Deutschen Steuergewerkschaft Hamburg, Ilona Schulz-Müller, DAG-Bundesvorstand, Marlies Smeets, Oberbürgermeisterin der Stadt Düsseldorf, Karla Staszak, Parlamentarische Staatssekretärin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Marita Stein, Vorstandsmitglied der DPG, Barbara Stolterfoht, Staatsministerin des Hessischen Ministeriums für Frauen, Arbeit und Gesundheit, Marion Tüms, Oberbürgermeisterin der Stadt Münster, Elisabeth Vogelheinn, Vorstandsmitglied der ÖTV, Barbara Wackernagel-Jacobs, Ministerin für Frauen, Arbeit Gesundheit u. Soziales des Saarlandes, Inge Wettig-Danielmeier, MdB, Schatzmeisterin der SPD, Heidemarie Wieczorek-Zeul, MdB, stellv. SPD-Vorsitzende, Christine Wischer, Senatorin für Frauen Gesundheit Jugend Soziales und Umweltschutz des Landes Bremen, Hanna Wolf, MdB, SPD.

Die gebotene Distanz der Bundeswehr zur Wehrmacht

Jahresbericht der Wehrbeauftragten vom 3. März 1998

(Auszüge)

Weit mehr Beachtung als in vorhergehenden Jahren fand 1998 – nach einer Reihe rechtsextremistisch motivierter Vorfälle in der Bundeswehr sowie dem sog. Roeder/Rühe-Skandal – der am 3. März 1998 vorgelegte Jahresbericht der Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages Claire Marienfeld. Der hier geäußerten Kritik an der mangelnden Distanz zur Wehrmacht im Traditionsverständnis der Bundeswehr widersprach Verteidigungsminister Volker Rühe noch am selben Tag: Gewisse Leute würden in dieser Hinsicht übertreiben. Wir dokumentieren aus dem einleitenden Kapitel „Schwerpunkte nach meinem Amtsverständnis“ den Abschnitt „Tradition“ sowie die zusammenhängenden Abschnitte „Traditionsverständnis“ und „Politische Bildung“ aus dem Kapitel „Der Soldat als Teil unserer demokratischen Gesellschaft“. (Zum Thema vgl. auch die Beiträge von Wolfram Wette und Hajo Funke in der Februarausgabe.) – D. Red.

Tradition

Im Berichtsjahr 1997 ist deutlich geworden, wie wichtig es ist, das Bewußtsein der Soldaten für die Tradition der Bundeswehr zu schärfen.

Ich rege eine Besinnung darauf an, welche tiefgreifenden politischen und die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland insgesamt bewegenden Diskussionen in den Anfängen der 50er Jahre dem Aufbau der Bundeswehr vorausgegangen sind. Die Bundeswehr wurde als Armee in der freiheitlich demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland neu geschaffen. Eid und